

machungen keinen Schutz gegen Vergewaltigungen bilden, soweit der Terror in Oberösterreich trotz der Genfer Deklaration. Mit schrecklicher Gewalt hebt Polen gegen die deutschen Anführer in Polen und Westpreußen vor. Der Teufel hat bereits 100 Milliarden polnischer Mark zur Durchführung der Liquidierung deutscher Güter im ehemals preussischen Teilgebiete angeworben und in der polnischen Presse ist die Deutung eine Trümpf. Unverblümt hat die „Gazeta Polnanska“ für die Deutschen in Polen müssen als Feinde dienen, zum den wild gewordenen preussischen Nationalismus im Raume zu halten. Polen müsse Hand in Hand mit dem französischen Freunde vorgehen, der „das wilde deutsche Tier an einer eisernen Kette halte“. Die deutsche Presse in Polen würt die satanische Deute, die zur Aufhebung bedeutender Blätter und zur Verhaftung deutscher Redakteure sich ausgewirkt hat; die Geistesfreiheit hat vor allem in der Ausweisung von 12 evangelischen deutschen Predigern ihre praktische Betätigung gefunden und niemand achtet die Treue zur Menschlichkeit. Europa schweigt. Es wächst die nationalstimmige Stimmung in Polen und ungemessene. Die evangelische Kirche soll ins Dera zerfallen werden. Diese Politik findet immer neue Anhänger, und atme es nach den Militaristen und dem polnischen Nationalismus, man vergegenwärtige Danks und bräde in Ostpreußen ein!

In diesem Zusammenhang sei auch darauf hingewiesen, daß die neue Reichsregierung beschlossen hat, die Dienstzeit für die Armee auf zwei Jahre zu erhöhen. Es war diesem Treiben gegenüber noch an der Zeit und besonders verdienstlich, daß auf der Rheinburger Schulungsanstalt der Freiherr v. Döhl, Franzos damit die Aufnahmen der leitenden Berliner Presse wiederab, die bundlos erklärte, daß die jeder Versuch Polens, deutsches Land anzufassen, bei uns auf einmütigen aktiven Widerstand stoßen werde. Vielleicht nicht aus die ablehnende Haltung Englands Wasser in den brausenden polnischen Wein. Man hat in Polen einen sehr scharfen Artikel des anerkannten englischen Blattes „Manchester Guardian“ vom 11. Mai, der sich mit dem Versuch des Warschauer Reichs befaßt, gewiß nicht übersehen, wenn man auch bevorzugen würde ihm teillich zuzuschreiben hat. Der Engländer, der seine Eindrücke über Polen wiedergibt, betont sehr nachdrücklich, wie die polnische Kultur in vielen Zügen mit blendende Schärfe sei, und warnte die Polen nachdrücklich vor irgend welchen Ausschüssen auf Danks; „Wir hoffen“, lautet er zum Schluß, „daß Polen eine sein und seine Ausschüsse einzeln wird, bevor es in einen verhängnisvollen Streit verwickelt wird. Ein Meer von Blut ist zu sehr schon, man muß nur dafür sorgen, daß man nicht darin ertrinkt.“

Die französisch polnische Front gegen Deutschland soll allmählich auch durch Litauen verhärtet werden. Dort haben die Wahlen zum Parlament im wesentlichen eine Stärkung des Kabinetts Goloanows ergeben. Die Erwerbung des Memellandes hat diesen Ausfall wohl in erster Linie bestimmt. An dem Sieg der Nationalen ändert sich der Umstand, daß der Widerstand in Litauen selbst und auch sonst in den Städten einen überraschenden Erfolg davongetragen hat, nicht übersehen. In Summa werden die Widerstände 14 Verteiler, darunter 2 Deutsche, im Spiel haben. Aber der faktische Sieg hat das absolute Ueberwiegen, während die Kommunisten erfindungsreich eine völlige Niederlage erlitten haben. Der Machtstand, den die Komruer Regierung im Parlament findet, wird ihr heutzutage auch die Mehrheit geben, die Frage der Autonomie Memels definitiv so zu lösen, daß die vererblichen Güter der Provinzialen vom Schatz zu finanzieren und Lituanien endlich einmal anerkennen. Inzwischen scheint Goloanows aber auch den Augenblick für gekommen zu erachten, um mit Polen bessere Beziehungen anzuknüpfen. Jedenfalls hat er sich, etwas überraschend und wohl als Niederlagen seiner Pariser Reise letzten Jahres, dieses dahin ausgeprochen, daß Litauen heute den Plan eines hartnäckigen Staatenschiebes, der von Frankreich zwecks Abschlusses der litauischen Wahlen gegen Deutschland gefordert wird, nicht zurückgeben werde, und hofft, daß es sich mit Polen auch hierüber werde verhandeln können. Es bleibt demnach symptomatisch, wenn es auch mit der Verwirklichung solcher Pläne gewiß noch gute Weile hat.

Trauerfeier für Schingeler in Elberfeld.

Elberfeld, 8. Juni. Eine ergreifende Trauerkundgebung wurde heute in der Stadthalle für den von den Franzosen in Düsseldorf erschossenen Kaufmann Schingeler veranstaltet. Der Sarg war inmitten einer Ueberfülle von Kranzen und Blumen aufgebahrt. Die Artillerieregiment und der Artillerieregiment des Entschlafenen deckten den Sarg. Unter den vielen, die gekommen waren, um Schingeler auf seiner letzten Fahrt zu begleiten, befanden sich Vertreter der Verbände, an deren Spitze Regierungsrat Dr. Gerlach, Staatsrat R. K. Müller, die Eingangszeremonie vor und nach dem Lebensmahl Schingeler's. Er erwählte zum Schluss, Schingeler habe als edler vorbildlicher deutscher Held ein Gnadenschnell verhängt. Pastor Nid drückte den Schmerz des evangelischen Teiles der Bevölkerung aus. Als besonders ergreifend bezeichnete er die Tatsache, daß Schingeler es war, der in Oberösterreich bei Erkennung des Annaberges eine französische Patrouille vor der Niederwerfung unter Einwirkung seines eigenen Lebens rettete. Dann formierten sich an einem langen Tische die Verbände und wohl an hundert Kranzträger. Viele Raben wurden in dem Saal mitgeführt. Auf dem Nachhof wurde, als der Sarg in den Zug geladen wurde, von Trompeten das alte Soldatenlied „Ich bin ein Kamerad“ noch einmal angeklungen. Vaterlandmann feierte die Feinde ein. Während des Trauerzuges wurden sämtliche Straßen der Stadt geklärt. Mit dem Wunsch der Gedächtnis wurde die Leiche Schingeler's um 4.30 Uhr in seine Heimat überführt. (W. L. W.)

Empörende Mißhandlung eines Schweden durch Franzosen.

Berlin, 8. Juni. Die Zeitung der Deutschen Uermacher, die in Moskau steht, mit: Der schwedische Staatsangehörige G. O. O. O., der zurzeit die Deutsche Uermacher in Moskau befehligt, befand sich am 12. Mai in Düren. Als er abends gegen 10 Uhr vor der Wohnung eines Schwedens stand, kam ein Trupp Marokkaner und nahm ihn, obgleich er seinen Paß vorwies, fest. Er wurde dann auf eine Wache gebracht und vor drei französische Offiziere geföhrt. Diese behaupteten, der Paß sei falsch und Öberanion sei ein Spion. Er wurde dann in einen Pferdestall geführt und vollständig entkleidet. Als man begann ihn zu mißhandeln, setzte er sich zur Wehr, worauf ihm die Hände an den Rücken gebunden wurden und er mit Faustschlägen und Prütteln traktiert wurde. Nach diesen Mißhandlungen wurde er in einen Pferdestall gebracht, wo er unter dem „Schnee“ von vier Schwärzen auf einem bloßen Jemenboden schlafen mußte. Nach zweltägiger Gefangenschaft konnte keine Freilassung erwirkt werden. Öberanion war vor Eintritt der Reise auf dem französischen Konsulat in Dresden gewesen, wo man ihm erklärte, daß er auf seinem Paß hin ungehindert bis Paris fahren könne. Als er dies dem französischen Offizier in Düren vorhielt, antwortete dieser, daß es überhaupt kein Konsulat in Dresden gebe, nannte ihn einen Schwärzen und Spion und spie ihm ins Gesicht. Nach seiner Freilassung hat sich Öberanion beschwerend an seine Regierung gewandt.

Auf das Echo dieser Schandtat in Schweden darf man gespannt sein.

Informationsreise Cunos.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Berlin, 8. Juni. Die Reise des Reichskanzlers nach dem Westen geht nunmehr fest. Er wird sich am morgigen Sonntag zunächst nach Münster begeben. Von dort wird er weiterreisen nach Elberfeld und Essen. Der Reichskanzler wird in den verschiedenen Orten Gelegenheit nehmen, mit führenden Persönlichkeiten über die Lage Rücksprache zu nehmen.

Aufnahme des Memorandums in Berlin.

Zustimmung der Berliner Presse.

Berlin, 8. Juni. Die deutsche Pressenschaft findet, abgesehen von einigen Bedenken deutschnationaler Zeitungen, die Zustimmung der gesamten Berliner Presse. Die „Deutsche Tageszeitung“ hebt hervor, es handle sich nur um eine Erläuterung und Ergänzung der am 2. v. M. den Mächten zugehenden Note. Es werde also alles anrechterhalten, was in jener Note über den deutschen Abwehrwillen gegenüber den französischen Gewalttaten und Hochverbrechen gesagt oder angedeutet wurde. Der „Berl. Postbote“ betont: Die deutsche Regierung hat mit dem gestrigen Memorandum das Menschenmögliche getan, um selbst auf die Gefahr neuer schwerer Erbitterungen im Innern hin der gegen Deutschland angewandten Gewalttätigkeit endlich den Boden zu entziehen. Sollte auch dieser Ankerhe Versuch scheitern, so wird die Verantwortung für alle dann unausbleiblichen Folgen jedenfalls nicht auf Deutschland zu wälzen sein.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Vom deutschen Standpunkte aus könne man dem Memorandum zustimmen. Das deutsche Volk werde es dem Kabinett immer dankbar wissen, daß es in entscheidender Stunde zu seinem in der Not ausgesprochenen Worte gehalten habe.

Das „Berl. Tagebl.“ unterkreuzt die nüchtern und geschäftsmäßig klare Formulierung der neuen deutschen Note, die zweifellos eine geeignete Grundlage für die endgültige Regelung der Reparationsfrage bilde. Einen härteren Beweis für ihren Reparationswillen hätte die deutsche Regierung nicht geben können, als dadurch, daß sie sich der Entscheidung einer unparteiischen internationalen Instanz über die Höhe und Art der Reparationsleistungen unterwirft und sich bereit erklärt, alle Unterlagen für eine zuverlässige Beurteilung der deutschen Vermögensfähigkeit beizubringen und den internationalen Sachverständigen volle Einsicht in die finanzielle Finanzverwaltung zu gewähren.

Der „Vorwärts“ hebt hervor: Was das Memorandum zu Punkt 4 (Verhandlungen) erklärt, sei so vernünftig und unausführbar, daß nur schäme die Abwärtigkeit dem widersprechen könne. Es müsse verhandelt werden. Wer nicht verhandeln wolle, sei sich in die Irre zu führen, denn die Gegenfrage seien nicht mehr so groß, daß man meinen könnte, der Versuch an ihrer Ueberbrückung müsse auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen.

Die Deutschnationalen zum deutschen Memorandum.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 8. Juni. In vier großen Versammlungen nahm heute abend der deutschnationale Verein Berlin Stellung zum deutschen Memorandum. An dem Memorandum wurde scharfe Kritik geübt. In dem bis auf den letzten Platz gefüllten Niemenraus von Navodits-Brauerei in der Hafenstraße sprach Reichstagsabgeordneter Graf Westarp

unter brausendem Beifall. Während nach der Antwort Lord Curzon die Mehrheit der deutschen Parteien für ein neues deutsches Angebot eintraten, erklärten sich die Deutschnationalen nach allen bisherigen Erfahrungen dagegen. Die Partei war darin einig. Der angebliche Gegenangriff des Heffers und Westarp habe nie bestanden. Ganz falsch war es, Garantien anzubieten auf dem Präsentierteller anzubieten. Ungeheuer fühlbar aber waren die Angriffe der sozialistischen und kirchlichen Unterföhlen Gewerkschaften auf die Industrie, der vorerwähnten wurde, nicht wenig angeboten zu haben. Daraus erwachsen der Regierung für ihr Verhalten große Schwierigkeiten. Mächtig war es, daß in dem Memorandum keine bestimmte Summe genannt wird, höchst bedenklich aber, daß wir bereit erklären, hierüber die Entscheidung einer internationalen Kommission anzunehmen, während die frühere Note die Bereitwilligkeit ausdrückt, die Frage der Leistungsfähigkeit einer solchen Kommission zu unterbreiten.

Der Westarp sagte eingehend die Bedenken gegen die angebotenen Garantien dar und erklärte, daß wir durch Angebote doch nicht an den Verhandlungstisch kommen, da es Polens gar nicht um die Reparationen zu tun sei, sondern um die Fortsetzung der seit Jahrhunderten von Frankreich verfolgten Politik. Solche Angebote seien mit der Ehre und Würde eines Volkes wenig vereinbar und erwiderten den Eindruck der Schwäche. Redner hielt einen Erschlag des neuen deutschen Schrittes angesichts der Haltung Frankreichs für ausgeschlossen. Es wäre aber doch politisch falsch, so sagen, nun macht Schluss mit dieser Regierung. Ein Mißtrauensvotum würde nur eine leere Demonstration sein. Wohl aber müßten der Regierung die Forderungen der Deutschnationalen mit allem Nachdruck vorzutragen werden. Die Regierung müsse sich zum passiven Widerstand bekennen und ihn leiten. Es müsse daran festgehalten werden, daß der Einbruch in das Ruhrgebiet ein schweres Unrecht war, und Ausgangspunkt aller Verhandlungen müsse deshalb die Rückerstattung von Rhein und Ruhr und Währungsmachung aller mit dem Einbruch zusammenhängenden Maßnahmen sein.

In der inneren Politik wurde gefordert, daß der sozialen Bewegung wie den Ausnahmemaßnahmen gegen rechts ein Ende gemacht und dem Volkswirtschafts ernstlich entgegengetreten werde. Redner mahnt, sich auf einen langen Kampf gefasst zu machen, und schloß mit den Worten eines Grußes der Auslandsdeutschen: Deutschland, Deutschland über alles und im Unglück liegt erst recht! Nachdem der Beifall verhaucht war, stimmte die Versammlung, die sich einmütig von den Klagen erhoben hatte, das Deutschlandlied an.

Dr. Sergt über die deutsche Note.

Berlin, 8. Juni. Der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei Dr. Sergt hat heute im Rahmen einer Ansprache an die Landesverbände Berlin und Potsdam eine Erklärung zur jüngsten Note abgegeben. Er führte aus, lehnte zu begreifen sei es, daß überhaupt eine deutsche Note ergangen, daß sie an Frankreich und Belgien mitgeteilt und daß ihr Inhalt trotz veränderter Bezeichnungen schwere Gefahren hervorzurufen geeignet sei. Noch einen Schritt weiter und wir befänden uns wieder mitten in der alten Erfüllungspolitik. Wenn man einwenden wolle, daß die Note inhaltlich gar nicht so schlimm wäre, so verstehe man, daß der Kampf an der Ruhr ein Ringen zwischen zwei Welten sei, und es somit ein schwerer Fehler wäre, diesen politischen Endkampf mit wirtschaftlichen Mitteln lösen zu wollen. Was die Garantien anbetrifft, so dürfte man bei aller grundsätzlichen Opferbereitschaft für eine wirklich erträgliche Endlösung nicht vorzeitig die letzten deutschen Reserven auf dem Präsentierteller anbieten. Aus allen diesen Gründen könnten die Deutschnationalen das Memorandum im ganzen nicht gutheißen. Indessen werde diese Ablehnung nicht den Uebergang zur unruhigsten entschlossenen Opposition gegenüber der Reichsregierung bedeuten.

Nicht nur, führte Sergt weiter aus, daß wir trotz der inneren Schwierigkeiten der Regierung würdigen, wir fühlen uns vielmehr auch aus vaterländischen Gründen verpflichtet, solange die letzten Würfeln nicht gefallen sind und die Regierung noch im Kampf steht, die die Trägerin und Symbol der Abwehr war und für weiteste Teile des Volkes noch ist, in diesem Augenblick sie nicht zu verlassen. Wir lassen aber keinen Zweifel darüber, daß es jetzt heißen muß: Bis hierher und nicht weiter! Es müßten solche Rückfälle, wie man sie bisher genommen habe, endlich beseitigt werden, insbesondere Repressalien Schlag auf Schlag ergriffen werden. Der schändliche Vorfall an dem ehemaligen deutschen Offizier Schingeler sollte uns zu heiligem Zorn entflammen.

Die letztgedachte Erklärung Dr. Sergts entspricht der im Veltartitel der „Dresdner Nachrichten“ vom Freitag ausgedrückten Erwartung.

Zustimmung der Mittelparteien.

Berlin, 8. Juni. In den Mittelparteien des Reichstages und bei den Sozialdemokraten nimmt man an, daß die Entschlossenheit auf gewisse Auslegungen der neuen deutschen Note eingehen würden, und daß sich daraus die Möglichkeit einer weiteren Verhandlung ergeben könne. Insbesondere glaubt man, daß es den Bemühungen der englischen Regierung gelingen würde, den Widerstand der Franzosen gegen die Einsetzung einer unparteiischen internationalen Kommission zur Festlegung der deutschen Zahlungsfähigkeit zu überwinden.

Mussolini über die Reparationsfrage.

Rom, 8. Juni. Der Ministerpräsident betonte, daß sich die Lage seit Oktober in bemerkenswerter Weise gebessert habe. Jedermann wisse, daß Italien eine politische Wahrung seiner nationalen Interessen an verfolgen beabsichtige und überall zugehen sei wolle, wo seine Lebensinteressen im Spiel seien. Der Zeitpunkt für eine Aktion allgemeiner Natur sei günstig, die darauf abzielt, so rasch wie möglich die politische Lage des Kontinents normal zu gestalten. Es ist ein italienisches Interesse Ranges, fuhr der Ministerpräsident fort, die friedliche Lösung der europäischen Krise zu beschleunigen. Diese Krise wurde seit dem Versailler Vertrag von der Reparationsfrage beherrscht. Gegenüber dieser Frage ist die Stellung Italiens in ihren Grundzügen die folgende:

1. Deutschland kann und muß den Vertrag beahalten, der bereits jetzt im Allgemeinen aufgestellt zu sein scheint und der von den mehreren hundert Milliarden, von denen nach Abschluß des Waffenstillstandes die Rede war, weit entfernt ist.
2. Italien könne keine Abänderungen oder Umwälzungen territorialer Art dulden, die eine Hegemonie politischer, wirtschaftlicher oder militärischer Art herbeiführen könnten.
3. Italien will seinen Anteil an Opfern tragen, falls das für den Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft notwendig sein sollte.
4. Die italienische Regierung beharrt heute mehr als je und insbesondere angesichts der letzten deutschen Note auf ihrem Standpunkt, daß die Reparationsfrage und die Frage der europäischen interalliierten Schulden miteinander in engem Zusammenhang stehen und in einem gewissen Sinne von einander abhängige sind. Es besteht kein Zweifel darüber, daß die Bestimmung des Ruhrgebietes die Reparationsfrage außerordentlich verhärtet hat. (W. L. W.)

Die Frage einer gemeinsamen Antwort. England soll auf Aufhebung des passiven Widerstandes dringen. (Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Paris, 8. Juni. Der Sonderberichterstatter der „Information“ meldet seinem Blatt: In diplomatischen Kreisen in Brüssel habe man ihm auf die Frage, ob das deutsche Memorandum den Alliierten die Ausarbeitung einer gemeinsamen politischen Antwort nicht möglich machen würde, geantwortet: Warum nicht? Die diplomatischen Besprechungen werden beginnen. Wir zweifeln nicht daran, dem deutschen Angebote die unveränderten Gesichtspunkte der Gesamtheit der Alliierten gegenüberstellen zu können. Etwa eine Stunde später drabete der gleiche Korrespondent seinem Blatt, die diplomatischen Besprechungen zwischen Belgien und Großbritannien hätten bereits gestern nachmittags eingeleitet. Um 6 Uhr gestern nachmittags hatte der englische Botschafter in Brüssel dem belgischen Ministerpräsidenten einen Besuch in dem gleichen Augenblicke, in dem dieser gemeinsam mit Herrn Jolypar das deutsche Memorandum geprüft habe. In der gleichen Angelegenheit berichtet der „Antrassigant“, daß ein belgisches Dokument nach London abgegangen sei. Der Brüsseler Korrespondent des „Journal des Debats“ meint, die französische und belgische Regierung hätten gemeinsam die Möglichkeit einer Aufforderung Englands ins Auge, auf Deutschland einen Druck auszuüben, daß dieses seinen passiven Widerstand aufbebe. Man glaubt, daß England hierauf eingehen werde, und also dann könne man annehmen, daß eine gemeinsame Antwort der Alliierten an die Berliner Regierung abgehen werde.

Wiederkehr der Militärkommission.

Paris, 8. Juni. Die Agentur Havas teilt mit, daß die Vorkonferenz nach mehreren vergeblichen von ihr unternommenen Schritten gestern beschlossen habe, der deutschen Regierung mitzuteilen, daß die interalliierte Militärkommission in Deutschland wieder ausgenommen werden müsse. Sie wird Deutschland auffordern, alle Maßnahmen wieder zu treffen, um diese Tätigkeit zu erleichtern, und zu verhindern, daß es durch das Verhalten der deutschen Beamten wie der deutschen Bevölkerung zu Zwischenfällen komme. Eine Note in diesem Sinne sei bereits gestern nachmittags dem deutschen Gesandten in Paris übergeben worden. (W. L. W.)

Immer die alte Forderung: Einstellung des passiven Widerstandes.

Paris, 8. Juni. Ueber die weitere Behandlung der gestern überreichten deutschen Vorschläge seitens der französischen Regierung schreibt das „Journal des Debats“, offenbar beeinflusst: Obwohl man noch keine Erklärungen abgegeben habe, könne man annehmen, daß ein Meinungsaustausch mit dem britischen Kabinett erfolgt. Die Frage, ob eine alliierte Antwort nach Berlin gerichtet werde, bleibe unklar. Ein alliiertes Schritt scheint nur dann möglich, wenn die englische Regierung vorlegt, ab mit der französischen und der belgischen dahin einig wäre, die vorherige Einstellung des passiven Widerstandes zu verlangen. In London scheint man anzunehmen, daß die deutsche Note hinsichtlich der finanziellen Forderungen neue Vorschläge enthalte, die in gewisser Beziehung festgehalten werden könnten. Jetzt handele es sich darum, festzustellen, ob der belgisch-französische Standpunkt einseitig und der britische andererseits vereinbar seien. Es sei wahrscheinlich, daß die französische Regierung dem englischen Kabinett sehr offen bekanntgeben werde, wie sie die Lage auffasse. (W. L. W.)

Eine Erklärung Asquiths.

London, 8. Juni. Asquith erklärte unter Beifall in einer Rede in Paris zur Reparationsfrage: Es sei eine Vorbedingung für jedes Zusammenwirken zwischen den Alliierten, daß die abgeänderten Vorschläge, welche die deutsche Regierung jetzt unterbreitet, nicht summarisch abgelehnt würden, sondern das Thema ernstlicher Ermägungen und Erörterungen bilden müßten.

Lord Robert Cecil bei Millerand.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Paris, 8. Juni. Lord Robert Cecil, der sich in den letzten Tagen in Genf aufhalten hatte, befindet sich auf der Durchreise in Paris. Er wurde heute vormittag vom Präsidenten Millerand empfangen. Kurz danach empfing Millerand Poincaré. Wie wir erfahren, hatte Cecil mit Millerand über den Stand der Saarfrage gesprochen. Die in der letzten Zeit verbreitete Nachricht, daß England seine Forderungen nach einer Untersuchungskommission im Saargebiete zurückziehe, ist unrichtig. Lord Robert Cecil hat Gelegenheit genommen, Millerand den englischen Standpunkt in der Saarfrage darzulegen.